

1. Begrüßung durch den Bundesvorsitzenden Jochen Kopelke

Aktuelle Sozialstaatsreform-Debatte

Die Bundesregierung diskutiert derzeit über die Zukunft des Sozialstaats mit dem Ziel, staatliche Leistungen effizienter zu gestalten, Arbeitsanreize zu stärken und die öffentlichen Haushalte zu entlasten. Im Mittelpunkt stehen Fragen der Arbeitsmarktintegration, der Ausgestaltung des Bürgergelds sowie der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme.

1. Rentenreform

Ziele:

- Sicherung des Rentenniveaus.
- Langfristige Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rente.
- Stabilisierung der Beiträge.

Vorschläge:

- Festschreibung des Rentenniveaus von rund 48 %.
- Aufbau eines staatlichen Kapitalstocks („Generationenkapital“), dessen Erträge die Rentenkasse entlasten sollen.
- Stärkere Anreize für längeres Arbeiten über das Renteneintrittsalter hinaus.
- Verbesserung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge.

2. Sozialstaatsreform /Grundsicherung

Ziele:

- Mehr Beschäftigung.
- Weniger Bürokratie.
- Höhere Treffsicherheit staatlicher Leistungen.

Vorschläge:

- Schnellere Vermittlung in Arbeit. Strengere Mitwirkungspflichten für Leistungsbezieher.
- Überprüfung von Sanktionen und Anreizsystemen.
- Digitalisierung und Vereinfachung der Jobcenter-Verfahren.

3. Krankenhausreform

Ziele:

- Sicherung der Versorgung.
- Entlastung wirtschaftlich angeschlagener Kliniken.
- Qualitätssteigerung.

Vorschläge:

- Einführung von Vorhaltepauschalen statt reiner Finanzierung über Behandlungsfälle.
- Einteilung von Krankenhäusern in Leistungsgruppen.
- Konzentration hochspezialisierter Leistungen auf geeignete Standorte.
- Milliardenfonds für den Umbau der Krankenhauslandschaft.

4. Gesundheitsreform / Krankenversicherung

Ziele:

- Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung.
- Digitalisierung und Effizienzsteigerung.

Vorschläge:

- Ausbau der elektronischen Patientenakte.
- Mehr digitale Gesundheitsangebote.
- Maßnahmen gegen steigende Ausgaben der Krankenkassen.
- Verbesserte Terminvergabe und ambulante Versorgung.

5. Pflegeversicherung

Ziele:

- Finanzielle Stabilisierung der Pflege.
- Entlastung der Pflegebedürftigen.

Vorschläge:

- Höhere Zuschüsse zu Pflegeheimkosten.
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege.
- Ausbau von Prävention und ambulanter Versorgung.
- Diskussion über eine grundlegende Finanzreform der Pflegeversicherung.

6. Beamtenpensionen

Ziele:

- Langfristige Finanzierbarkeit der Versorgungssysteme.

Diskutierte Vorschläge:

- Ausbau von Versorgungsrücklagen der Länder und des Bundes.
- Teilweise kapitalgedeckte Elemente für künftige Versorgungslasten.
- Keine konkreten Pläne für eine Einbeziehung bestehender Beamter in die gesetzliche Rentenversicherung.
- Diskussion über Angleichungen zwischen Renten- und Pensionssystem, bislang aber ohne weitreichende politische Mehrheit.



2. Gewerkschaftspolitische Bericht Christian Ehringfeld:

Sozial- und Tarifpolitik

- **Versorgungsniveau** 70% Nettoersatzquote („politische Zielgröße“) angestrebt → **Zustimmung**
 - Ziel ist gut, aber unverbindlich und nur über Stärkung aller drei Säulen erreichbar
 - Wichtig: Stärkung der VBL
- **Kopplung der Rentenentwicklung an Lohnentwicklung** beibehalten und Erhöhung des Nachhaltigkeitsfaktor auf 0,33 → **Ablehnung**
 - Beschlusslage GdP lehnt dies ab
- **Kapitalrente** → **langfristige Nutzen und Risiken, kurzfristige Nachteile**
 - Zusatzbeitrag zur GRV von 2 Prozent (paritätisch) - Zusatzbelastung für Versicherte
 - Individuelle Kapitalkonten – Aktienorientiert, keine Garantien
 - Keine Dynamisierung und kein sozialer Ausgleich



2. Gewerkschaftspolitische Bericht Christian Ehringfeld:

Sozial- und Tarifpolitik

Renteneintritt

- **Anhebung der Altersgrenzen** – anhand Lebenserwartung (2:1 Idee) → **Ablehnung**
 - PVB sind statistisch nachweislich höheren Risiken ausgesetzt
 - Regelaltersgrenze würde zwischen 2031 und 2041 um ca. 6 Monate erhöht werden
- **Abschaffung des abschlagsfreien Renteneintritts für besonders langjährig Versicherte** → **Ablehnung**
 - Wer 45 Jahre gearbeitet und eingezahlt hat dem gegenüber sollte Wertschätzung gezeigt werden
- **Altersgrenze für langjährig Beschäftigte von 63 auf 64 setzen** → **Ablehnung**
 - Neue Altersrente auch für gesundheitlich Beeinträchtigte

→ **Massive Rentenkürzung**, jüngere müssen länger Arbeiten

2. Gewerkschaftspolitische Bericht Christian Ehringfeld:

Sozial- und Tarifpolitik

- Reformoptionen prüfen, die Hinterbliebenenrente an die geänderten gesellschaftlichen Normen anzupassen → **Ablehnung**
 - Große Gefahren vor allem für Frauen, da es Tür für automatische Rentensplittings öffnet
- Gezielterer Einsatz und **Stärkung** von **Rehabilitationsmaßnahmen** → **Zustimmung**
 - Stärkung eines Reha-Budgets, dass sich an den tatsächlichen Bedarfen orientiert

2. Gewerkschaftspolitische Bericht Christian Ehringfeld:

Perspektive für Polizeibehörden

- Gesetzliche Rente als Fundament
 - Wichtigste Säule für Tarifbeschäftigte
 - Sichert gesellschaftliche Mindeststandard
 - Schützt vor Altersarmut
- Stabilisierung und Stärkung des Rentenniveaus dringend erforderlich, langfristige Anhebung
- Abschaffung des abschlagsfreien Renteneintritts nach 45 Beitragsjahren nicht hinnehmbar
 - Viele Polizeibeschäftigte können schon jetzt aufgrund physischer und psychischer Herausforderungen nicht bis zur Regelaltersgrenze arbeiten

2. Gewerkschaftspolitische Bericht Christian Ehringfeld:

Perspektive für Polizeibehörden

- VBL als Zusatzversorgung unverzichtbar und ist zu stärken
 - Seit Jahren keine Tarifpflege
- Abwälzen der finanziellen Absicherung auf die private Vorsorge nicht hinnehmbar
 - Nicht jeder kann monatlich etwas beiseitelegen
 - Keine Lösung für heutige Probleme, greift erst in vielen Jahren, wenn sich Investitionen langfristig auszahlen

3. Gewerkschaftspolitische Bericht Sven Hüber:

Beamtenpolitik, Versorgungspolitik, Alimentation

Grundgesetz

- Artikel 33 Absatz 5 Grundgesetz!
- „hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums“, u.a.:
 - **Lebenszeitprinzip** (mit ganzer Kraft dem Dienst widmen)
 - **Alimentationsprinzip** (rechtliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit)
 - **Pflicht zur politischen Neutralität** (Gemeinwohl)

→ Verpflichtung, den Beamten und seine Familie auch nach Beendigung des Dienstes angemessen zu alimentieren (BVerfGE 27.09.2005)

- Kein Berufsbeamtentum ohne Grundsätze!

3. Gewerkschaftspolitische Bericht Sven Hüber:

Beamtenpolitik, Versorgungspolitik, Alimentation

Höhe Versorgung

- 2001: Kürzung Höchstversorgungssatz von 75% auf 71,75.
- Kein hergebrachter Grundsatz, wonach der Höchstversorgungssatz mindestens 75 v.H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge betragen müsste (BVerfGE 27.09.2005).
- Aber: Im Beamtenrecht ist das Bemühen, Ausgaben zu sparen, in aller Regel für sich genommen keine ausreichende Legitimation für eine Kürzung der Altersversorgung.
- Renten-Kommission hat zurecht festgestellt, dass das Rentenniveau zu niedrig ist und mindestens 70% angemessen sind. Also: Wie bei Beamten!

3. Gewerkschaftspolitische Bericht Sven Hüber:

Beamtenpolitik, Versorgungspolitik, Alimentation

Altersgrenzen

- Im Kaiserreich musste die Dienstunfähigkeit im Einzelfall nachgewiesen werden. Eine Regelaltersgrenze für Beamte gab es nicht.
- Für PVB wurde Altersgrenze seit 2009 bereits um 2 Jahre auf 62 Jahre angehoben.
- Feuerwehr weiterhin aus guten Gründen bei 60 Jahren.
- In NRW und RP nach mind. 25 Jahren Wechselschichtdienst Ruhestand mit 61.
- In BE u.a. Unterschiede zw. Laufbahnen: mD=61, hD=65.

4. Fragerunde

Was bewegt Dich bei den Reformdebatten am meisten?

